

## Antwort zu den Wahlprüfsteinen der Volkssolidarität Berlin 2021

### 1. Für mehr gesellschaftliche Teilhabe

Die Kommunen sind die wesentlichen Gestalter von Daseinsvorsorge. Sie können für alle Generationen zukunftsfähige Sorgestrukturen aufbauen, Bedingungen guten Lebens vor Ort sowohl kulturell als auch mit der nötigen Infrastruktur schaffen. Sie können Altenhilfestrukturen verankern, um aktive Teilhabe und Hilfe von älteren und für ältere Menschen zu ermöglichen.

**Wie steht Ihre Partei zu dem Ziel der Schaffung eines Berliner Altenhilfestrukturengesetzes? Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie damit? Wie wollen Sie die Bezirke finanziell aufwerten, damit diese Daseinsvorsorge aufgebaut und gelebt wird?**

*Wir Freien Demokraten halten es für wichtig, dass die Gewährleistung allgemeiner und menschenwürdiger Lebensbedingungen älterer Menschen (besonders im Hinblick auf den demographischen Wandel) kontinuierlich angepasst und verbessert wird. Ganz im Sinne des §71 SGB XII Abs. 1 Satz 2 müssen Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, verhütet, überwunden oder abgemildert werden. Insbesondere zu Zeiten der Corona-Pandemie, in denen ältere Menschen noch stärker von Einschränkungen betroffen sind, wollen wir auf eine Verbesserung der Umsetzung des Gesetzes hinwirken, damit auch die Ältesten in der Gesellschaft ein würdevolles und (weitestgehend) selbstbestimmtes Leben führen können. Genauer bedarf es einer erweiterten gesetzlichen Fundierung, um u. a. die Lebenslagen der Betroffenen zu verbessern, spezifische Einschränkungen zu kompensieren und verlässliche Strukturen in Sozialräumen zu schaffen und zu sichern. Daher unterstützen wir aktiv das Anliegen, dass ein solches Gesetz geschaffen wird.*

**Der 8. Altersbericht der Bundesregierung zum Thema "Ältere Menschen und Digitalisierung" hat sich mit der besonderen Lage älterer Menschen in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung befasst und altersgerechte Empfehlungen erarbeitet. Es wird deutlich: Wer hier nicht teilhaben kann, wird zukünftig immer stärker ausgegrenzt.**

**Welche Voraussetzungen will ihre Partei schaffen, um zu gewährleisten, dass die Berliner Seniorinnen und Senioren bei der Digitalisierung (z.B. Einführung digitaler Impfausweis, online Terminvereinbarungen) eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten? Auf welche Weise wollen Sie die Berliner Verwaltung in diese Aufgabe einbeziehen und darauf einstellen? Wie steht ihre Partei zur Beibehaltung anderer Zugangs- und Überbrückungsmöglichkeiten für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen digitalisierte Angebote nicht nutzen können?**

*Wir wollen die Digitalisierung für Ältere vorantreiben und sehen – insbesondere bei der Infrastruktur von Alten- und Pflegeeinrichtungen - weiteren Ausbaubedarf. Hierzu soll es Förderprogramme für Wohnheime geben. Konkret wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch im Bereich der Digitalisierung und mit der damit verbundenen alltäglichen Praxis (digitaler Impfausweis, Online-Terminvereinbarungen) weiterbilden können.*

*Ältere Menschen sollen zudem in Alten- oder Seniorenwohnheimen - besonders im Zuge der Corona-Pandemie - Zugang zum schnellen Internet und auf dieser Basis einen Zugang zu mobilen Endgeräten mit Videotelefonie haben, sonst könnten sie von der Gesellschaft abgehängt werden. Insgesamt sind Zugang und Kompetenz die Voraussetzung für die digitale Teilhabe älterer Menschen. Zudem wollen wir kontinuierlich auch Beteiligungsmöglichkeiten für diejenigen gewährleisten, die die digitalisierten Angebote nicht nutzen wollen.*

### 2. Für qualifizierte Kindertagesbetreuung

Seit dem 1. November 2020 erhalten in Berlin die Beschäftigten in Kitas des öffentlichen Dienstes bis zu 150 Euro brutto monatlich als Hauptstadtzulage. Die 80 Prozent der bei freien Trägern Beschäftigten gehen leer aus, obwohl v.a. freie Träger in den vergangenen Jahren den Kitaplatzausbau und die Ausbildung von Fachkräften forciert haben.

**Wie wollen Sie dieser eklatanten Ungleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern begegnen?**

*Wer Kitavielfalt will, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Die freien Träger stellen knapp 80 Prozent der Kitaplätze in Berlin und müssen daher auch in der Finanzierung den landeseigenen Kitas gleichgestellt werden. Wer den freien Trägern bei den Zusatzbeiträgen Beschränkungen auferlegt, muss ihnen durch Zuschüsse auf dem Niveau staatlicher Einrichtungen ermöglichen, leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Löhne zu zahlen.*

*In diesem Zusammenhang hat die FDP-Fraktion im AGH auch die Sicherstellung der tarifgerechten Bezahlung von Beschäftigten bei freien Trägern für das Jahr 2021 gefordert (Drucksache 18/3281).*

**Inzwischen besteht diese Ungleichbehandlung schon mehrere Monate. Es wird zunehmend spürbar, dass qualifizierte Fachkräfte sich für eine Beschäftigung bei den landeseigenen Kitabetrieben entscheiden. Das bedeutet, dass es für freie Träger immer schwieriger wird, die Qualität aufrechtzuerhalten, denn ein zentraler Faktor für eine hochwertige Bildungsarbeit ist ein ausreichender Personalschlüssel.**

**Haben Sie einen Kompromissvorschlag, um diese Benachteiligung der Beschäftigten bei freien Trägern zumindest teilweise auszugleichen?**

*Wir wollen den Berliner Ansatz der Kitafinanzierung weiter entwickeln. In der bisherigen Mischkalkulation mit subjekt- und objektbasierten Anteilen über ein Gutscheinsystem sollen die pädagogischen Personalkosten um eine nichtpädagogische Personalkostenpauschale ergänzt werden. So wird auch die Finanzierung für dringend erforderliche kaufmännische Verwaltungskräfte zur Entlastung pädagogischer Fachkräfte sichergestellt. Dies setzt zudem wertvolle Stunden für die pädagogische Arbeit frei und trägt dazu bei, den Betreuungsschlüssel zu verbessern oder weitere Bildungsangebote zu schaffen.*

*Gleichzeitig wollen wir es Kitas in freier Trägerschaft ermöglichen, für zusätzliche pädagogische Leistungen, die nicht über den Kitagutschein gedeckt sind, Beiträge zu erheben. Überbordende Bürokratie durch enge Verwendungskriterien und aufwendige Belegpflichten muss hierbei vermieden werden. Stattdessen sollen die jeweiligen Träger über die Verwendung der Zusatzbeiträge frei entscheiden können, sofern sie dabei nicht gegen Gemeinnützigkeitskriterien verstoßen. Die Leistungen bleiben freiwillig, und die Zuzahlungen dürfen nicht zum Aufnahmekriterium gemacht werden.*

**Die im bundesweiten Durchschnitt verbesserten Personalschlüssel verdecken die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken in den Ländern. Je nach Land oder auch Kommune arbeiten die Fachkräfte zu sehr unterschiedlichen Bedingungen. Dringend benötigte Fachkräfte wandern ab, weil sie in anderen Bundesländern bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.**

**Was halten Sie von bundesweit einheitlichen Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen? Und wie könnte man diese erreichen?**

*Die FDP steht für bundesweit einheitliche mindestens aber vergleichbare Bildungs- und Ausbildungsstandards.*

*Sie dürfen den Fachkräftemangel aber nicht verschärfen. Für den Zugang zur Erzieherausbildung soll für Kandidaten und Kandidatinnen mit mittlerem Schulabschluss (MSA) die Notwendigkeit einer*

*beruflichen Vorbildung künftig entfallen, da diese keinen inhaltlichen Bezug zur pädagogischen Tätigkeit haben muss. Stattdessen soll analog zum Zugang mit dem Abitur eine für die Ausbildung förderliche Tätigkeit von mindestens acht Wochen Dauer als Voraussetzung gelten.*

*Qualifikationen aus anderen Bundesländern müssen sofort und ohne Nachqualifizierung und solche aus dem Ausland schneller und einfacher anerkannt werden.*

*Sonderqualifikationen von pädagogischem Fachpersonal in Kitas wie beispielsweise sprachpädagogische Zusatzausbildungen sollen zusätzlich vergütet werden.*

*Für Berlin als attraktiven Standort der Ausbildung und Berufsausübung sind Arbeitsbedingungen erforderlich, die die Abwanderung von Fachkräften verhindern. Dazu gehört die Sicherung attraktiver Arbeitsumgebungen, aber erst recht die Schaffung erschwinglichen Wohnraums, gerade für Menschen in Ausbildung, in mindestens durch attraktive Angebote und Tarife im Nahverkehr gut erreichbarer Entfernung zum Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz. Hier können Ausbildungswohnheime und Azubi-Stipendien aber auch Azubi- bzw. Unternehmenstickets Anreize bieten.*

**Kitas werden immer mehr für Quereinsteiger geöffnet, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bis zu einem Drittel des Kita-Personals darf aus berufsfremden Kräften bestehen. Eine Kita mit 30 Vollzeitkräften kann also 10 Kräfte einstellen, die noch nie etwas über frühkindliche Lernprozesse, Elternarbeit, Sprachförderung oder Sprachlerntagebücher gehört haben.**

**Wie soll die pädagogische Qualität in Kitas gewährleistet werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen immer weiter gesenkt werden?**

*Die Qualität der frühkindlichen Bildung lebt vom pädagogischen Personal. Deswegen wollen wir den Fachkräftemangel im Erziehungssektor bekämpfen und den Betreuungsschlüssel in Berliner Kitas deutlich verbessern. Wir wollen von Beginn an gut ausgebildete Fachkräfte in den Berliner Kitas. Infolgedessen wollen wir, dass das Berliner Bildungsprogramm in allen Ausbildungsformen in den entsprechenden Rahmenlehrplänen dauerhaft mit allen Lernbereichen verknüpft und überprüfbar wird. Für alle bestehenden Fachkräfte in den Berliner Kitas braucht es hochwertige Lern- und Entwicklungsbedingungen. Daher wollen wir, dass alle Kitaleitungen eine Zusatzqualifikation zur internen Evaluation durchlaufen und alle Fachkräfte auf bedarfsorientierte, verbindliche Fortbildungen zugreifen können.*

*Die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ist die große Herausforderung bei der Erweiterung und Erschließung von bisher unentwickelten Fachkräftepotentialen.*

*Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Erzieherberuf müssen mit einem verpflichtenden Vorbereitungskurs das notwendige pädagogische Fachwissen erwerben, um die Qualität der Betreuung zu sichern. Perspektivisch wollen wir für Erzieherinnen und Erzieher, die dies wünschen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das Berufsbild auffächern und weiterentwickeln.*

### **3. Für kieznahe soziale Arbeit**

**Zuwendungen der Bezirke und des Landes Berlins berücksichtigen oft nicht die anfallenden bzw. steigenden Gewerbemieten, sondern orientieren sich meist an verschiedenen anderen Kriterien, z.B. Sozialindex, Anzahl der Nutzenden. Durch Mietpreissteigerungen bzw. hohe Gewerbemieten fließt ein sehr hoher Anteil der Zuwendungen an Vermieter, es stehen weniger finanzielle Mittel für die fachliche Arbeit zur Verfügung. Neben Zuwendungshöhen, die die tatsächlichen Kosten für den Betrieb sozialer Projekte abbilden, sollten Gewerbemieten für soziale Projekte begrenzt werden. Wir fordern: Berlin sollte Projekte und Angebote freier Träger bei der Erstellung von Bebauungsplänen**

erfassen und durch ein soziales Gewerbeflächensicherungs- und Entwicklungskonzept langfristig inklusiv und stadtteilbezogen berücksichtigen.

**Welche Schritte unternehmen Sie, um soziale Projekte und Angebote mit Zuwendungsförderungen, wie Stadtteilzentren, Beratungsstellen der Suchthilfe, Selbsthilfe und der psychosozialen Angebote in den Stadtteilen und Kiezen Berlins vor Verdrängung aus dem umkämpften Wohnungsmarkt durch Kündigungen und Mietpreissteigerungen zu schützen?**

*Wir Freien Demokraten sehen in den sozialen Projekten gute und erhaltenswerte Instrumente, um bspw. von Drogen und kriminellen Karrieren gefährdete Jugendliche präventiv zu beraten. Hierzu fordern wir u. a. einen verstärkten Einsatz von Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiterinnen sowie Streetworkern und Streetworkerinnen. Eine gemeinwohlorientierte Bau- und Wohnungspolitik muss aus unserer Perspektive von Anfang an im Dialog mit den sozialen Trägern des jeweiligen Kiezes einerseits und den Projektentwicklern oder Eigentümern andererseits geschehen. In diesem Sinne forderte die FDP-Fraktion im AGH bspw. eine Genehmigungsfreiheit für soziale Träger mit Leistungsvereinbarung in dem zweiten Gesetz zur Änderung des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes im Land Berlin, was von der Koalition abgelehnt wurde. Grundsätzlich wollen wir ein Berlin für alle schaffen und städtebauliche Konzepte entwickeln, die eine lebendige, ausgewogene, soziale und Nutzungsmischung ermöglichen.*

**Die Pandemie hat eine verstärkte Aufmerksamkeit für den Themenkomplex der häuslichen Gewalt erzeugt. Selten ist so häufig über das Phänomen, die Dunkelziffer und (Spät-)Folgen häuslicher Gewalt gesprochen worden. Auch unser Projekt Beratung für Männer – Gegen Gewalt wurde noch häufiger angefragt, sowohl medial als auch von potenziellen Klienten.**

**In welcher Form gedenkt Ihre Partei bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen die Prävention auszubauen, insbesondere auch die Arbeit mit den Tätern?**

*Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention und deren Inkrafttreten zum 01.02.2018 hat sich Deutschland zu einer Reihe von Maßnahmen im Bereich häuslicher Gewalt verpflichtet, die auch wir Freien Demokraten voranbringen wollen.*

*Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das insbesondere die Präventionsarbeit als wesentlichen Bestandteil umfasst und eine bessere Koordinierung der beteiligten Akteure beinhaltet. Wir fordern die Einführung einer Hotline speziell für mögliche Täter und Täterinnen. Immer mehr Menschen suchen Rat, da sie erkennen, dass sie Gefahr laufen, zu Täterinnen oder Täter zu werden oder es bereits sind, jedoch keine Ansprechpartner finden. Die Hotline für Täter sollte ähnlich stark wie die Hotline für Opfer beworben bzw. kommuniziert werden.*

*Polizei und Justiz müssen gut ausgestattet sein, damit in Gewaltsituationen schnell eingegriffen und geahndet werden kann. Wir begrüßen es, wenn die Polizei Anstrengungen unternimmt mehr Frauen – auch mit Migrationshintergrund – für den Polizeidienst zu gewinnen. Dies erleichtert es gerade weiblichen Opfern von Gewalt, eine Aussage zu machen.“*

#### **4. Für gute Eingliederungshilfe**

**Zu Beginn des Pandemieausbruchs in Deutschland gab es große Lieferengpässe, vor allen bei Desinfektionsmitteln und medizinischen Masken. Entsprechend stiegen die Preise für diese Artikel. Es gibt jedoch kein zusätzliches Budget dafür. Die Kostensätze der gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände sind kostendeckend kalkuliert und beinhalten keine nennenswerten Spielräume für eventuelle Mehr- oder Sonderkosten. Die Refinanzierung ist bisher nur für die Sach- und Personalkosten in Bezug auf die Covid-19-Testungen möglich.**

**Wie wollen Sie die Arbeit in der Eingliederungshilfe, also die Arbeit mit Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen, mit einem Budget ausstatten, um diese Mehr- oder Sonderkosten zu decken oder diese refinanzieren zu können?**

*Wir Freien Demokraten sind der Meinung, dass sich grundsätzlich gemeinnützige Einrichtungen bzw. die Dienste der Wohlfahrtsverbände zunächst selber ausrüsten sollten. Wenn es einen Mehrbedarf gibt, dann soll dieser durch die Überschüsse bzw. den Minderbedarf in anderen Bereichen der jeweiligen Organisation ausgeglichen werden. Die Mittelvergabe kann in diesem Sinne geprüft werden.*

**Der Fachkräftemangel und die vorzuhaltende Fachkraftquote führen zu einer großen Nachfrage nach Personal bei einem geringen Angebot. Ein erheblicher Teil der Fachkräfte ist bei Leasingfirmen tätig, welche ihr Personal zu hohen Preisen den Trägern überlassen. Der Einsatz von Leasingpersonal, auch wenn es Fachkräfte sind, senkt insgesamt die Qualität der Arbeit. Leasingkräfte fühlen sich dem Haus und den betreuten Menschen weniger verbunden als eigenes Personal und kennen sich am Einsatzort weniger aus. Gleichzeitig bestehen nach wie vor bürokratische und finanzielle Hürden für den Quereinstieg und die Weiter- bzw. Ausbildungszeit.**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die freien Träger der Eingliederungshilfe ihre Fachkräfte besser entlohnen können, um die Arbeit von Fachkräften bei einem festen Arbeitgeber attraktiver zu machen? Werden Sie für diesen systemrelevanten Bereich ein deutlich und dauerhaft größeres Budget vorsehen? Wie wollen Sie Quereinstiege und Möglichkeiten zur Aufnahme einer Fachkraftausbildung erleichtern, damit wieder mehr Fachkräfte auf dem Markt zu haben sind?**

*Wir Freien Demokraten wollen den Fachkräftemangel in diesem Bereich vor allem dadurch begegnen, dass wir die Attraktivität der Arbeit insgesamt erhöhen, indem wir u. a. den Ausgleich zwischen Arbeits- und Privatleben verbessern und die Arbeit durch Bürokratieabbau und Digitalisierung entlasten. Leasingkräfte sind per se nicht schlechter zu bewerten als andere Kräfte. Im Gegenteil könnte Zeitarbeit durch ein höheres Maß an Flexibilität sogar die Qualität erhöhen. Einen pauschalen Ausschluss von Zeitarbeit lehnen wir daher in diesem Zusammenhang ab (Hierzu ist auch die Antwort bei Frage 5. (zur Aufwertung des Pflegeberufs) zu betrachten)*

## **5. Für sichere Pflege**

**Die Pandemie hat gezeigt, wie systemrelevant der Pflegeberuf ist. Gleichzeitig leidet die Branche unter einem erheblichen Fachkräftemangel. Dies hat nach wie vor auch mit dem Bild von Pflege in der Gesellschaft zu tun.**

**Wie wollen Sie den Beruf konkret so anerkennen und aufwerten, dass mehr Menschen sich dafür entscheiden?**

*Wir Freien Demokraten setzen an verschiedenen Eckpunkten an, um Pflegeberufe attraktiver zu machen und somit dem Fachkräftemangel zu begegnen.*

*Die Arbeitsbedingungen wollen wir zum einen mit Digitalisierung und mit Bürokratieabbau verbessern. So kann die Arbeit in der Pflege durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik entlastet werden. Hierbei ist von der elektronischen Patientenkurve über automatisierte Medikamentenausgabe bis hin zu robotischen Lagerungshilfen vieles möglich. Durch eine Entbürokratisierung haben die Pflegefachkräfte mehr Zeit für ihre Patienten, wodurch die Arbeit qualitativer und der Arbeitsalltag entlastet wird. Dazu fordern wir bspw. eine „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig derjenige, der sie anfordert. Pflegedokumentation darf nicht zum Selbstzweck zur Beschäftigung von Heimaufsicht und MDK werden, sondern muss sich auf die Ereignisse und Leistungen konzentrieren, die von Pflegeplanung und Routinetätigkeiten abweichen. Zum anderen wollen wir die Arbeit in der Pflege flexibler und leistungsgerechter gestalten. In diesem Sinne sollen*

*Schichtdienste planbarer sein und der flexible Einsatz der Fachkräfte im Vergleich besser vergütet werden. Wie oben angeschnitten, lehnen wir eine Einschränkung oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit in der Pflege diesbezüglich ab.*

*Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir zudem mehr Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeiten (weitere Ermöglichung von Zeitarbeit) sowie Angebote zur Kinderbetreuung, die Arbeitszeiten und Schichtdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gerecht werden. Generell fordert die FDP dazu, dass Betriebskindergärten steuerlich gefördert, der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantiert, die Betreuungszeiten flexibilisiert und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglicht wird. Zudem sollen bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung in der Pflege und Familie geschaffen werden. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen in der Pflege (insbesondere für Frauen).*

*Ferner wollen wir den Beruf allgemein durch eine angemessene Leistungsvergütung und Aufstiegsversprechen aufwerten. Für eine nachhaltige Verbesserung der allgemeinen Vergütung sollen die Pflegeeinrichtungen zunächst durch neue Pflegesätze in eine Lage gebracht werden, dass sie angemessene Löhne bei wirtschaftlicher Tragfähigkeit zahlen können. Gleichzeitig muss streng darauf geachtet werden, dass die geltenden Tariflöhne nicht unterlaufen werden. Zudem setzen wir uns für eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ein, um eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals zu ermöglichen. Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten könnten u. a. durch die Akademisierung der Pflege (aufbauendes Studium) und durch einen offenen Zugang zur Pflegefachkraftausbildung nach einer erfolgreichen Ausbildung zum Pflegeassistenten ausgeweitet werden.*

**Arbeitnehmerinnenüberlassung führt auch in der Pflege zu Rosinenpicken, insbesondere bei Entlohnung sowie Lage und Dauer der Arbeitszeiten. Fest angestellte Pflegenden werden dadurch erheblich benachteiligt und ebenfalls in die Arbeitnehmerüberlassung gelockt. Equal Pay ist in der Pflege längst in das Gegenteil verkehrt. So erhöhen die knappen Gelder der Kranken- und Pflegekassen, die eigentlich gemeinnützigen Trägern und ihren Mitarbeitenden zur Verbesserung der Pflegearbeitsbedingungen zukommen sollten, die Gewinne privater Unternehmen. Das Land Berlin ist nicht nur Gesetz- und Ordnungsgeber, sondern auch machtvoller Vertragspartner der Pflgeträger bei Rahmen-, Versorgungs- und Vergütungsverträgen. Pflegewerkverträge wurden vertraglich bereits vor langer Zeit untersagt.**

**Wann und wie wollen Sie Arbeitnehmerinnenüberlassung nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der gesamten Pflege in Berlin wirksam unterbinden oder zumindest erschweren?**

*Die FDP will die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerüberlassung, wie oben bzgl. der Zeitarbeit schon mehrfach erwähnt, nicht unterbinden. Viele Pflegekräfte haben sich freiwillig für einen Wechsel in die Zeitarbeit bzw. Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerüberlassung entschlossen, um selbst darüber entscheiden zu können, welche Dienste sie übernehmen. Wir betrachten Zeitarbeit als ein sinnvolles und notwendiges Konstrukt in der Pflegebranche.*

## **6. Für nachhaltige Integration**

**Viele Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung leben in einem sozial benachteiligten Umfeld. Sie leiden unter der Unterversorgung von Kita- und Schulplätzen im Land Berlin noch stärker als andere Kinder. Sie haben weniger Zugang zu Kindern aus anderen Sozial- und Kulturräumen, sie erlernen die deutsche Sprache später, die so wichtige Etablierung von Alltagsstrukturen etwa durch den Besuch einer Kita bleibt ihnen verwehrt.**

**Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um die frühzeitige Integration u.a. durch Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung zu fördern? Wie wollen sie**

**herkunftsbedingte soziale Nachteile kompensieren? Was ist ihr Vorgehen um das Bildungssystem, insbesondere die frühe Bildung zu stärken und die Benachteiligten zu fördern? Welche Brücken baut ihre Partei, um benachteiligten Kindern eine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg zu gewähren?**

*Wir Freien Demokraten betrachten deutsche Sprachkenntnisse als Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration in die Gesellschaft und den zukünftigen Arbeitsmarkt. Das Erlernen der deutschen Sprache muss daher endlich zu einer Priorität werden und für Kinder mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren oder hier eingewandert bzw. geflüchtet sind, schon vor dem Schuleintritt beginnen.*

*In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, jedes Kind zwischen dem dritten und vierten Lebensjahr verpflichtend einem standardisierten Sprachstandfeststellungsverfahren zu unterziehen, damit darauf aufbauend eine gezielte Sprachförderung mit Erfolgskontrollen stattfinden kann. Eine gezielte Förderung der Sprachkompetenz vor der Einschulung ist für geflüchtete Kinder besonders wichtig. Um diese Förderung zu verbessern, braucht es in Schulen und Kindertagesstätten zusätzliche Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher. Gleichzeitig muss die Sprachstanderhebung in den Kitas besser funktionieren und nachgehalten werden.*

*Ferner brauchen wir eine bessere (und frühzeitige) Deutschförderung für eingewanderte bzw. geflüchtete Jugendliche bei geeigneten Bildungsträgern, um diese besser in die Gesellschaft zu integrieren. Bzgl. der Gruppe der geflüchteten Jugendlichen setzen wir uns für eine Schulpflicht für geflüchtete Menschen unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung ein, um einen Einstieg in den Arbeitsmarkt und somit auch den sozialen Aufstieg möglich zu machen. Fehlt die für eine Berufsausbildung notwendige Schulbildung, muss sie nachgeholt werden. Ein Hauptaugenmerk wollen wir auf die Integration von Mädchen und jungen Frauen legen, um deren gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft langfristig zu gewährleisten, tradierte Rollenbilder zu überwinden und die Gefahr einer zukünftigen Abhängigkeit von Partnern oder des sozialen Abstiegs zu verringern. Eine verbesserte zukünftige Einbindung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt soll aus unserer Sicht auch mit „Role Models“, bspw. aus der Polizei oder Feuerwehr, erfolgen, um den Jugendlichen solche Berufsperspektiven und einen damit verbundenen sozialen Aufstieg stärker in ihr Bewusstsein zu rücken.*